|  |  |
| --- | --- |
| Europäisches Parlament  2014-2019 |  |

<Commission>{INTA}Ausschuss für internationalen Handel</Commission>

<RefProc>2018/2262(INI)</RefProc>

<Date>{04/02/2019}4.2.2019</Date>

<TitreType>STELLUNGNAHME</TitreType>

<CommissionResp>des Ausschusses für internationalen Handel</CommissionResp>

<CommissionInt>für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten</CommissionInt>

<Titre>zum Abkommen über einen institutionellen Rahmen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft</Titre>

<DocRef>(2018/2262(INI))</DocRef>

Verfasserin der Stellungnahme (\*): <Depute>Tiziana Beghin</Depute>

(\*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 54 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass die EU mit 52 % ihrer Ausfuhren und über 71 % ihrer Einfuhren der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist und dass der Warenverkehr im Rahmen der derzeitigen bilateralen Handelsabkommen nicht weniger als 1 Mrd. CHF pro Tag beträgt[[1]](#footnote-1), während die Schweiz mit 7 % ihres Handels der drittgrößte Handelspartner der EU ist;

2. begrüßt den Abschluss der Verhandlungen über das Abkommen über einen institutionellen Rahmen zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft am 23. November 2018; fordert Anhörungen mit den Interessengruppen in Übereinstimmung mit den demokratischen Traditionen und Verfassungsgrundsätzen der Schweiz, wie vom Bundesrat am 7. Dezember 2018 gefordert; fordert, dass die Verfahren zur Modernisierung und zur weiteren Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz unverzüglich eingeleitet werden, um ihre Rechtssicherheit zu erhöhen und den fortdauernden Zugang der Schweizer Unternehmen zum Binnenmarkt zu gewährleisten und die Fortsetzung und Erleichterung der laufenden branchenspezifischen Verhandlungen zu ermöglichen;

3. bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Kommission den ausgehandelten Text des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz, das im November 2018 fertiggestellt wurde, nicht an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und an den Ausschuss für internationalen Handel übermittelt hat; fordert die Kommission auf, diese Dokumente unverzüglich zu übermitteln;

4. nimmt zur Kenntnis, dass ein Abkommen über einen institutionellen Rahmen erforderlich ist, da die Beziehung zwischen der EU und der Schweiz auf einem komplexen System von 120 branchenspezifischen Abkommen beruht, und dass zusätzliche Kohärenz und Rechtssicherheit allen Beteiligten zugutekäme;

5. begrüßt nachdrücklich die politische Absichtserklärung zur Erneuerung des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen und des Freihandelsabkommens (FHA) von 1972, und unterstützt das Ziel, eine verbesserte Handelspartnerschaft zu erreichen, die Bereiche wie Dienstleistungen umfasst, die über den Anwendungsbereich des FHA hinausgehen und nur teilweise durch das Personenfreizügigkeitsabkommen abgedeckt sind, einschließlich digitaler Aspekte, Rechte des geistigen Eigentums (IPR), Handelserleichterungen, gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen und Vergabe öffentlicher Aufträge sowie ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung; fordert eine weitere Zusammenarbeit, um die geografischen Angaben besser zu schützen und den im Entwurf des Abkommens über einen institutionellen Rahmen enthaltenen modernen und zuverlässigen Streitbeilegungsmechanismus zwischen Staaten auszuweiten, um die künftigen bilateralen Handelsbeziehungen abzudecken und Handelshemmnisse zwischen den Parteien wirksam zu beseitigen;

6. ist sich des Umstands bewusst, dass es kein umfassendes Dienstleistungsabkommen zwischen der EU und der Schweiz gibt und dass Dienstleistungen nur teilweise durch das Personenfreizügigkeitsabkommen abgedeckt sind, was zeigt, dass Potenzial für weitere Entwicklungen besteht;

7. stellt fest, dass die Schweiz den höchsten Prozentsatz an Grenzgängern aus der EU beschäftigt, und fordert die EU und die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf, die Maßnahmen im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens zu verbessern, indem sie eine „Charta für Grenzgänger“ aufnimmt, die verbindliche Bestimmungen enthält, die u. a. grundlegende Beschäftigungsrechte, Arbeitsbedingungen und Bedingungen für den Pendelverkehr, Übertragung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Problemen im Bereich der Doppelbesteuerung abdecken; weist darauf hin, dass die EU die Schweiz darin bestärken sollte, grenzüberschreitend erwerbstätige Personen besser zu behandeln;

8. fordert die Parteien auf, so bald wie möglich ein interparlamentarisches Treffen der Rechtsetzungsinstanzen sowohl der EU als auch der Schweiz zu organisieren, um alle Fragen im Zusammenhang mit diesem Abkommen zu erörtern;

9. begrüßt das neue Steuerrecht, mit dem die Sondersteuerregelungen eingeschränkt werden und die Verfahren an die internationalen Normen angenähert werden, und hofft auf ein positives Ergebnis der bevorstehenden Volksabstimmung in der Schweiz; betont, dass die Zusammenarbeit weiter intensiviert werden muss, um die Steuervermeidung zu bekämpfen und die Steuergerechtigkeit zu verbessern;

10. fordert die Schweiz auf, ihre Arbeit an der Strategie für eine digitale Schweiz fortzusetzen, um sie an den digitalen Binnenmarkt der EU anzupassen;

11. nimmt das im Jahr 2017 im Kanton Tessin verabschiedete überarbeitete Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen zur Kenntnis, das mit dem Übereinkommen der Welthandelsorganisation über das öffentliche Beschaffungswesen und dem einschlägigen, 2002 in Kraft getretenen branchenspezifischen Abkommen zwischen der EU und der Schweiz im Einklang stehen soll; fordert die öffentlichen Auftraggeber nachdrücklich auf, Lieferanten und Dienstleister aus der EU diskriminierungsfrei zu behandeln, und zwar auch bei öffentlichen Aufträgen unterhalb des Schwellenwerts.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Datum der Annahme** | 4.2.2019 |  |  |  |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +:  –:  0: | 19  8  1 | | |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Maria Arena, Tiziana Beghin, David Campbell Bannerman, Salvatore Cicu, Santiago Fisas Ayxelà, Eleonora Forenza, Karoline Graswander-Hainz, Christophe Hansen, Heidi Hautala, France Jamet, Patricia Lalonde, Bernd Lange, Sorin Moisă, Franck Proust, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, Tokia Saïfi, Helmut Scholz, Joachim Schuster, William (The Earl of) Dartmouth, Iuliu Winkler, Jan Zahradil | | | |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Klaus Buchner, Ralph Packet, Paul Rübig, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Lola Sánchez Caldentey | | | |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)** | Stefan Gehrold, Ingeborg Gräßle, Ralph Packet | | | |

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

|  |  |
| --- | --- |
| **19** | **+** |
| ALDE | Patricia Lalonde |
| ENF | France Jamet |
| PPE | Salvatore Cicu, Santiago Fisas Ayxelà, Stefan Gehrold, Ingeborg Gräßle, Christophe Hansen, Sorin Moisă, Franck Proust, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Paul Rübig, Tokia Saïfi, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Iuliu Winkler |
| S&D | Maria Arena, Karoline Graswander-Hainz, Bernd Lange, Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, Joachim Schuster |

|  |  |
| --- | --- |
| **8** | **-** |
| ECR | David Campbell Bannerman, Ralph Packet, Jan Zahradil |
| GUE/NGL | Eleonora Forenza, Lola Sánchez Caldentey, Helmut Scholz |
| VERTS/ALE | Klaus Buchner, Heidi Hautala |

|  |  |
| --- | --- |
| **1** | **0** |
| GUE/NGL | Anne-Marie Mineur |

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung

1. https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/abkommen/InstA-Wichtigste-in-Kuerze\_de.pdf [↑](#footnote-ref-1)